

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 16.06.2016

Mit Mehrheit (gegen die Stimmen der CDU) verabschiedete der Stadtrat die Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH im Rahmen eines sog. „Inhouse-Geschäfts“ (siehe Redebeitrag A. Schubert).

Bestätigt hat der Stadtrat die Stellungnahme der Stadt Gera zum Entwurf des Regionalplans Ostthüringen. Damit gibt er seine Zustimmung zu den Vorranggebieten für Windenergie.

Auf Antrag der LINKEN. wurde die CDU-Vorlage „Einführung der `Simsonkarte` für privat übernachtende Besucher in den Geraer Hotels und Pensionen“ zur weiteren Behandlung in die Fachausschüsse (siehe Redebeitrag G. Domkowsky) verwiesen.

Bestätigt hat der Stadtrat die Vergabe von finanziellen Mitteln aus der Infrastrukturpauschale gemäß dem Thüringer Kindertagesstätten Gesetz. Der Antrag der Volkssolidarität auf Austausch der Maßnahmen Kita „Zauberwald“ zu Gunsten der Kita „Krümel“ wurde angenommen.

Eine heftige Diskussion gab es zu den Beschlussvorlagen

- „3. Neufassung der Gebührensatzung für die kommunalen und die von der Stadt verwalteten Friedhöfe“ und die
- „Preisliste für das Krematorium der Stadt Gera“.

Ein Antrag der LINKEN. (siehe Redebeitrag G. Domkowsky) auf Zurückverweisung der Gebührensatzung in die Verwaltung fand keine Mehrheit. In der abschließenden Abstimmung wurde die Gebührensatzung durch den Stadtrat abgelehnt. Bestätigt wurde die Preisliste für Leistungen des Krematoriums.

Mit Mehrheit hat der Stadtrat entschieden den Betriebsführungsvertrag zur technischen Betreuung des Hofwiesenbades mit der Ostthüringer Wasser und Abwasser GmbH um 5 Jahre zu verlängern.

Rede von Andreas Schubert zur „Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten“

Begrüßung

Mit dieser Beschlussvorlage - Vergabeentscheidung über den öffentlichen Dienstleistungsauftrag – entscheiden wir über die zukünftige Ausgestaltung des Öffentlichen

Personennahverkehrs in unserer Stadt. Dies betrifft de facto jeden Einwohner unserer Stadt mittelbar oder unmittelbar. Trotzdem war es keine Selbstverständlichkeit das diese Entscheidung heute hier öffentlich diskutiert und getroffen werden kann.

Die Öffentliche Behandlung dieser Beschlussvorlage war am 30. Mai, bei der Verweisung dieser Vorlage in die Ausschüsse und den SR nicht die Absicht der Verwaltung.

– *Aber es gibt für eine nichtöffentliche Behandlung überhaupt keine Begründung! Wie ja schon im Betreff der Vorlage abzulesen ist geht es um den ÖFFENTLICHEN Dienstleistungsauftrag.*

– *Es bedurfte aber erst des Beschlusses des Hauptausschusses, der auf Initiative der Linksfraktion die öffentliche Behandlung und Beschlussfassung dieser Vorlage sicherstellte.*

Denn Grundprinzip unseres kommunalpolitischen Handelns ist die Transparenz – gerade wenn wir als Treuhänder mit öffentlichem Eigentum zur Sicherung der Daseinsvorsorge agieren. - offensichtlich gibt es hier deutliche Unterschiede zum Verwaltungshandeln.

Mit der Verwaltung verbindet uns wiederum das gemeinsame Ziel den öffentlichen Personennahverkehr in die kommunale Verantwortung zurückzuführen.

Dem dient diese Vorlage, die die Auftragsvergabe an die neugegründete GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft mbH und die zukünftige Umsetzung der vom Nahverkehrsplan vorgegeben Fahrplankilometer vertraglich fixiert.

Wir sind jedoch mit dieser Vergabeentscheidung heute am 16. Juni 2016 alles andere als zeitig dran, was nicht der Stadtrat, sondern die Stadtverwaltung zu verantworten hat. Der zuständige Dezernent, Bürgermeister Dannenberg, bleibt in der Verantwortung, dass seine eigenen immer wieder hinausgeschobenen Zeitlinien das gewünschte Ziel möglich machen, was wir hoffen aber nicht abschließend wissen. Genauso wenig wissen wir, warum erst jetzt, so spät eine Vergabevorlage den Stadtrat erreicht.

Wir hoffen jedoch, dass wir noch rechtzeitig die zu lösenden Aufgaben abarbeiten können, damit dann in gut 100 Tagen die Stadt Gera zu 100% die Geschicke des ÖPNV wieder selber gestalten kann.

Bei dieser Gestaltung sind wir auf kompetente Mitarbeiter im GVB angewiesen, auf die die auch in den zurückliegenden 2 Jahren trotz aller Widrigkeiten des Insolvenzverfahrens stets mit hohem Engagement die öffentliche Mobilität für die Einwohner und Gästen unserer Stadt sicherstellten. Dafür spreche ich Ihnen allen im Namen der Linksfraktion ausdrücklich den Dank und unsere Wertschätzung für ihr Engagement aus!

Auch in Zukunft gibt es einen attraktiven / gern nachgefragten ÖPNV nur mit gut qualifizierten und motivierten MA. Deshalb war es für DIE LINKE entscheidend für unsere Zustimmung zu einem Vertragstext, dass die Bindungswirkung des TV-N Tarifvertrages festgeschrieben wird. Dies ist nun nach unserer Intervention erfolgt.

Auch eine zukünftig mögliche Beauftragung von Subunternehmen durch den GVB kann nicht zu Dumpinglöhnen unterhalb des Tarifvertrages erfolgen, denn das würde dem Geist dieses Vertrages klar widersprechen und wäre auch nicht begründbar.

*Hier muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten!
Darauf werden wir als LINKE immer drängen!*

Gerade bei dem Thema ob und welche Leistungen aus dem heute vorliegenden Dienstleistungsvertrag durch Dritte erbracht werden sollen, sehen wir kommunalpolitischen Entscheidungsbedarf, das kann nicht ein Geschäftsführer alleine entscheiden.

Aber auch zu dieser Personalie braucht es eine Entscheidung ohne Zeitverzug, denn mit Interimslösungen, die aus der Not geboren sind, kann kein optimaler Start für das neue Unternehmen gelingen.

Zu klären bleibt für die Zukunft ebenfalls noch die Finanzierung der notwendigen Investitionen im neuen GVB sowohl in die Fahrzeuge als auch in die Infrastruktur. Dazu kann der Dienstleistungsvertrag natürlich nicht abschließend Auskunft geben. Ebenso wenig wie über die zukünftige Struktur der öffentlichen Daseinsvorsorge insgesamt – hier besteht kommunalpolitischer Diskussions- und Entscheidungsbedarf. Deshalb kann man allen Verantwortlichen nur raten, keinesfalls den Eindruck zu erwecken, hier wären schon alle Messen gelesen und alle Entscheidungen getroffen. Dem ist mitnichten so. Der Stadtrat hat dazu noch nicht einmal die Diskussion begonnen!

Lassen sie mich zum Abschluss noch 2 grundsätzliche Punkte ausführen, die diese Vorlage in größere Zusammenhänge stellt.

Als hier vor ziemlich genau 2 Jahren der Stadtrat in großer Übereinstimmung den Beschluss fasste, 30 Millionen Kreditgenehmigung zu beantragen, hatten wir damit die Hoffnung, die endgültige Insolvenz der Stadtwerke und damit auch des GVB abzuwenden. Mit diesem Geld sollten die 74,9 % der GWB Elstertal aus den Stadtwerken herausgekauft werden, um damit Zeit für notwendige Umstrukturierungen zu gewinnen. Dieser Kredit wurde nicht

genehmigt – mit den bekannten Auswirkungen: Heute brauchen wir fast die gleiche Kreditsumme 29,5 Mio. EUR – um nur eine der Säulen der Daseinsvorsorge, den ÖPNV, nachhaltig neu zu regeln. Wir sehen uns damit ein weiteres Mal mit der Einschätzung bestätigt, dass die Insolvenz das teuerste aller Szenarien war und ist.

Und ein zweiter Punkt sei hier noch erwähnt:

Eine sogenannte Inhouse-Vergabe / Vergabeentscheidung ohne Ausschreibung, wie heute Beschlussgegenstand ist, wäre zukünftig mit einem beschlossenen TTIP-Vertrag mit den USA kaum noch möglich, allenfalls unter viel größeren Auflagen sowie zeitlichen und formellen Schwierigkeiten, deshalb war es eine richtige Entscheidung im SR voriges Jahr, als wir mit einer Petition an die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten vor den negativen Auswirkungen dieses Freihandelsabkommens gewarnt haben. Dies kann auch heute hier mit dieser Vorlage konkret belegt werden.

Lassen sie uns deshalb heute hier wiederum eine richtige Entscheidung im Stadtrat treffen, um den ÖPN endlich wieder in kommunale Verantwortung zurückzuführen und wenigstens an dieser Stelle die Auswirkungen der Insolvenz zu beseitigen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!